

SPD-„Bündnis für Infrastruktur“

Bürgerinitiativen als Verhinderungsmacht?

SPD-Verkehrsminister Michael Groschek, SPD-Wirtschaftsminister Garrelt Duin und SPD-Finanzminister Norbert Walter-Borjans haben gemeinsam ein "Bündnis für Infrastruktur" gestartet. Sie wollen mit diesem neuen Bündnis die zunehmende Verhinderungsmacht von Bürgerinitiativen bekämpfen. Groschek bezeichnete jüngst bei einer Rede diesen Personenkreis als „Egoisten im Mantel einer Bürgerinitiative“. Sie verzögerten vielerorts dringend benötigte Planungen um Jahre. „Der Schaukelstuhl einer Vorruhestandsgesellschaft kann nicht zum Wappentier Nordrhein-Westfalens werden.“ Hintergrund sind zahlreiche Einwendungen gegen aktuell wichtige NRW-Projekte, die gerichtsfest bearbeitet werden müssen. So gäbe es allein gegen die vom Flughafen Düsseldorf angestrebte Kapazitätserweiterung 41.000 Einwendungen.

Die Bürger gegen Fluglärm e.V. (BgF) stellen hierzu – sicherlich stellvertretend für viele Bürger-Initiativen – für den Kampf gegen den unrechtmäßigen Ausbau des Flughafens Düsseldorf fest:

„Die SPD täte besser daran, ein Bündnis mit den Initiativen zu schließen, statt sie abwechselnd zu beschimpfen und zu versuchen, sie auszumanövrieren. Der Widerstand gegen Infrastrukturprojekte entsteht nicht von

ungefähr, i.d.R. liegen Vertragsbrüche (Angerlandvergleich), vertuschte und/oder kleingeredete Umwelt- und Gesundheitsgefahren vor. Die zur Neutralität verpflichteten Behörden erfüllen ihre Aufgaben nicht oder wenn, dann einseitig pro Wirtschaft. Die Bürger, die sich engagieren, tun dies im Unterschied zu den Politikern und den Beamten in den Behörden ehrenamtlich. Gleichwohl verfügen sie häufig über mehr Know-how als die Beamten. Obwohl das Verwaltungsrecht (d.h.: "die Verwaltung hat Recht") einseitig gegen die Bürger und Betroffenen ausgerichtet ist, kommt es immer wieder zu Klageerfolgen. Wie grotenschlecht müssen die Argumente der Politik und der Behörden also sein?

Konkret laufen bereits drei Klagen der BgF vor dem OVG Münster (die vierte wird mit einer Genehmigung für DUS folgen, und zwar gemeinsam mit den Städten des Umlandes):

Dieses „Bündnis für Infrastruktur“ ist eine Kampfansage gegen die zahlreichen Bürgerinitiativen, die sich landauf und landab wegen Politikerignoranz und Behördenversagen gebildet haben, und das kurz vor der Landtagswahl im kommenden Jahr.“ **M.J.**